

Karsten Rudolph

## Wenn das Alte stürzt

### Sozialdemokratie zwischen Traditionspflege und Zukunftseuphorie

*Die Besinnung auf Tradition und Geschichte ist wichtig für die Herausbildung der Identität einer Partei, doch sie kann genauso gut auch in die Irre und zu einer erstarrenden historischen Identitätsbildung führen. Andererseits ist auch die Geschichtungsvergessenheit kein gangbarer Weg. Dieser ist letztlich ein schmaler Grat mit Abgründen.*

#### Karsten Rudolph

(\* 1962) lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

karsten.rudolph@rub.de



»Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit ...« lässt Friedrich Schiller seinen Freiherrn von Attinghausen in *Wilhelm Tell* sagen; ein Stück, welches wie kaum ein anderes die sozialdemokratischen Arbeiter im 19. Jahrhundert begeisterte. Denn der Tell, das waren nicht nur Apfelschuss und Rüttschwur, es handelte sich um ein Widerstands- und Freiheitsepos in einer Zeitenwende. In einer solchen Zeitenwende glaubte sich auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu befinden, die aus der Verfolgung unter dem Sozialistengesetz gestärkt hervorgegangen war. Der in den Arbeiterbildungsvereinen so beliebte Schiller war eben nicht nur der bekannte und verehrte deutsche Freiheitsdichter, er geriet auch zum bedeutenden Geschichtslehrer. In seinen Dramen stürmten und drängten »die Räuber« gegen die Obrigkeit oder ein Kronprinz wie Don Karlos konnte sich den politischen Konflikten seiner Zeit nicht länger entziehen und wurde gezwungen, gegen die harte Besatzung der Niederlande Position zu beziehen.

Anders als die Anführer mussten die Anhänger der sozialdemokratischen Partei

somit weder das Kommunistische Manifest gelesen haben, in der alles »Ständische und Stehende« verdampfte, noch benötigten sie wirklich profunde Kenntnisse über Marxens historischen Materialismus, um zu begreifen, dass da eine neue Zeit mit ihrer jungen politischen Bewegung marschierte. Dies machte sie für historische Stoffe in Dramen ebenso empfänglich wie für historische Argumente in politischen Reden oder entsprechende Analysen in Schriften und Programmen. Noch nie habe es eine Partei gegeben, verkündete Karl Kautsky in seinen Erläuterungen zum Erfurter Programm von 1891 stolz, welche die gesellschaftlichen Tendenzen ihrer Zeit so tief erforscht und so genau begriffen hätte wie die Sozialdemokratie. Aus dieser Analyse leitete die Partei ihre geschichtliche Stellung, ihre politische Selbsttätigkeit und ihre gesellschaftliche Aufgabe ab. Auch wenn der historische Optimismus und ein naiver Fortschrittsglaube mit der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, zerstoßen, die SPD bezog ihr Vertrauen und ihre politische Identität nicht zuletzt aus der Pflege ihrer Traditionen.

Bisweilen führte eine solche Traditionspflege auch gehörig in die Irre oder erinnerte stärker an die Kunst des Überwintern schlechter Zeiten. Dass die Gegner der Sozialdemokratie an deren Gesetzmäßigkeit zerbrechen würde, entpuppte sich 1933 als ein fataler Irrtum: Die Verfolgung unter dem Hakenkreuz glich nicht der Ausbürgerung und Kriminalisierung unter dem

Sozialistengesetz, sie war ein politischer Vernichtungsfeldzug, der ohne historisches Vorbild auskam. Insofern beruhte der politische Immobilismus der Weimarer Sozialdemokratie auch auf einer erstarrenden historischen Identitätsbildung, bei der die Fortschreibung geschichtlicher Erfahrungen zur Unterschätzung akuter politischer Gefahren beitrug und einen politischen Attentismus pflegte, der auf bessere Zeiten setzte, um unangenehme Entscheidungen zu vermeiden.

In den Anfangsjahren der zweiten deutschen Demokratie stand die historische Traditionspflege nicht selten den volksparteilichen Erneuerungsversuchen im Wege. Und es war dann diese Einstellung des »Zwischenhandels mit Antiquitäten« (so der damalige stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Heinrich Deist), der für den programmatischen Aufbruch auf dem Godesberger Parteitag von 1959 sorgte. Doch danach wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und lieb gewonnene Anachronismen vorübergehend durch einen Dezisionismus ersetzt, der einem politischen Zug der Zeit entsprach, in dem die unter dem Eindruck des Wirtschaftswunders stehenden Bundesbürger nicht länger an die deutsche Vergangenheit erinnert werden und stattdessen nur noch in die Zukunft blicken wollten. Dass die SPD dann doch nicht von der Anrede Genossin und Genosse loskam, hatte im Wesentlichen drei äußere Ursachen:

Im Kalten Krieg verlängerte die SED den Kampf gegen den Sozialdemokratismus bis hinein in die Geschichtspolitik. Indem sie »das Beste« des Erbes der deutschen Arbeiterbewegung beanspruchte und gegen den vermeintlichen Anpassungskurs der SPD an Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft in Stellung brachte, wurde der Kampf um die Geschichte der Arbeiterbewegung zum politischen Großkonflikt über die Gegenwart und Zukunft – und umgekehrt.

In der Bundesrepublik forderte die Au-

ßerparlamentarische Opposition in ihrem Kampf gegen die Notstandsgesetze die mitregierende SPD durch fragwürdige historische Vergleiche heraus und führte ihren politischen Kampf nicht selten in historischen Masken als geschichtliches Spektakel auf, in dem die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung noch einmal – diesmal nicht als Tragödie, sondern als Farce – durchgespielt wurde.

Mit der Gründung einer Historischen Kommission im Jahr 1982 wurde die Hoffnung verbunden, die SPD angesichts des Niedergangs der sozialliberalen Koalition und wachsender innerparteilicher Auseinandersetzungen identitätspolitisch zu stabilisieren. Allerdings antizipierte die Bildung zahlreicher Historischer Kommissionen, Gesprächs- und Arbeitskreise sowie einer kaum noch überschaubaren Zahl von Erinnerungs- und Geschichtsprojekten in der gesamten Breite der Partei eine stark ansteigende außeruniversitäre Graswurzelbewegung, die zum Beispiel mit neuen Methoden (*oral history*) die etablierte historische Wissenschaft herausforderte und allmählich erheblichen Einfluss auf das bundesdeutsche historische Bewusstsein gewann.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Streits um das Erbe der Arbeiterbewegung sowie mit dem Abflauen der neuen sozialen Bewegungen in den 90er Jahren sank auch das Interesse in der SPD an einer Beschäftigung mit der eigenen Geschichte. Was jedoch viel schwerer wog, war die sich verbreitende Unfähigkeit, die historischen Dimensionen wirtschaftlicher und sozialer Krisen zu erfassen, die mit ihnen einhergehenden politischen Herausforderungen adäquat anzunehmen und politisch Relevantes in der ihm eigentümlichen historischen Gestalt bestimmen zu können.

Es schadet im Jubiläumsjahr der deutschen Sozialdemokratie gewiss nicht, wenn sie sich der eigenen Geschichte erneut kritisch vergewissert, schon weil in ihr eine

jüngere Generation herangewachsen ist, die sich für mehr historische Bildung durchaus interessiert und aus der Geschichte für die Gegenwart lernen möchte. Es ist auch nicht mit einer parteioffiziösen Traditionspflege zu rechnen, die den Appell an die vermeintlich glorreiche Vergangenheit als Ersatz für mutiges Handeln in der Gegenwart nimmt. Zu wünschen wäre indes, dass die SPD ihr 150-jähriges Bestehen zum Anlass nimmt, sich wieder stärker einer historischen Analyse der Zeit zu widmen. Denn es ist offensichtlich, dass wir uns inmitten eines dramatischen Umbruchprozesses befinden. Der neoliberale Washington Consensus,

der das System von Bretton Woods abgelöst hatte, befindet sich angesichts der europäischen Wachstums- und Wohlstandskrise in Auflösung. Immer mehr Wissenschaftler und andere aufmerksame Zeitgenossen blicken deshalb auf die weltwirtschaftlichen Verwerfungen aus einer historischen Perspektive, um genauer zu ergründen, was schon der Vergangenheit angehört und worin die Zukunft liegen könnte. Die SPD, die schon einmal wie keine andere Partei die gesellschaftlichen Tendenzen ihrer Zeit erfasst hatte, sollte sich diese Traditionslinie rasch beleben, denn das Alte stürzt und die Zeit ändert sich. ■

*Ursula Bitzegeo/Johannes Platz*

## Probleme einer gemeinsamen Erfahrungs- und Konfliktgeschichte

### Sozialdemokratie und Gewerkschaften

#### Ursula Bitzegeo

(\* 1972) ist Sozial- und Wirtschaftshistorikerin und seit 2008 Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ursula.bitzegeo@fes.de



#### Johannes Platz

(\* 1970) ist Sozial- und Ideenhistoriker und seit 2011 Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung.

johannes.platz@fes.de



**D**ie historische Erinnerung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften umschließt eine periodische Erzählung von Möglichkeiten und Grenzen sozialer Mobilisierung, kollektiven Protests und

politischer Emanzipation. Geprägt durch die widersprüchlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, dem »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm), werden gemeinsame kulturelle Momente nicht zuletzt in der Ähnlichkeit von Biografien, Erfahrungen und Motivationen ihrer Mitglieder ausgemacht: das Erleben von Armut und Not, Selbsthilfe oder Unterstützung des sozialen Umfelds, Solidarität in Arbeitskämpfen, Widerstand gegen Feinde der Demokratie, politischer Gestaltungswille, Bekämpfung unkontrollierter Finanzmärkte, um nur einige zu nennen. Insbesondere in der Weimarer Zeit wurden der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften besondere Fähigkeiten zugeschrieben, Massen zu mobilisieren bzw. Mitglieder und Mehrheiten zu gewinnen. Deshalb sind auch schon damals »zyklische Erosionen« der Mitgliedschaft sowie das Misstrauen weiter Bevölkerungsteile in krisenhaften Zeiten stets als Zeichen des Niedergangs gedeutet worden.